

Milena Hess

System Change Not Climate Change

2020 war das heisseste Jahr seit Messbeginn.¹ Und das ist nicht der einzige Rekord, den das Jahr brach: Noch nie haben Naturkatastrophen so viel Schaden hinterlassen. Die zehn schwersten Naturkatastrophen kosteten mindestens 3500 Menschen das Leben. Mehr als 13,5 Millionen Menschen mussten letztes Jahr infolge von Naturkatastrophen ihr Zuhause verlassen.² Gemäss einem neuen Bericht könnten bis 2050 bis zu 1,3 Milliarden Menschen dieses Schicksal teilen.³

Fünf Jahre nach dem Pariser Abkommen sind die allermeisten Länder weit von ihren Zielen entfernt.⁴ Während für jene Arbeit, die wir offensichtlich brauchen, nur geklatscht wird, kriegen Fluggesellschaften bedingungslos Kredite. Das CO₂-Gesetz hält das im Pariser Abkommen festgelegte CO₂-Budget der Schweiz nicht ein und äussert sich nicht zum Schweizer Finanzplatz.⁵ Dieser verursacht etwa zwei Prozent des globalen Treibhausgasanstosses, also 22-mal mehr als die Schweiz im Inland.⁶ Für die Wahlen waschen sich viele Parteien grün, doch im Parlament verfolgen die meisten Politiker*innen eine Realpolitik, die mit der Realität der Klimakrise wenig bis nichts zu tun hat.

In den letzten zwei Jahren seit den ersten Klimastreiks in der Schweiz zeigte sich: Die institutionelle Politik ist nicht fähig, eine Lösung für die Klimakrise zu finden. Denn die Klimakrise ist nicht einfach ein lästiger Fehler im Status Quo – der Status Quo ist die Ursache der Krise.

Im folgenden Text stelle ich einige Wege – Forderungen, Projekte und Aktionsformen – vor, mit denen die Klimagerechtigkeitsbewegung versucht, das notwendige Handeln und einen tiefgreifenden Wandel zu erreichen. Der Begriff «Klimagerechtigkeitsbewegung» verweist auf die Zusammenhänge

zwischen sozialer Ungerechtigkeit und den Ursachen der Klimakrise. Gleichzeitig betont er das Ziel der Bewegung: Eine Gesellschaft aufzubauen, die auf sozialer Gerechtigkeit basiert und sich dabei innerhalb der planetaren Grenzen bewegt. Ein Teil dieser Klimagerechtigkeitsbewegung wie der Klimastreik in der Schweiz und Fridays for Future in vielen anderen Ländern wurde von jungen Menschen angestossen, doch die Bewegung deshalb als Jugendbewegung zu etikettieren, halte ich nicht nur für problematisch, sondern auch für falsch. Die Klimagerechtigkeitsbewegung umfasst jedes Alter, denn die Klimakrise ist nicht das Problem einer Generation. Das Etikett «Jugendbewegung» erlaubt es Medien und Politiker*innen, den Kampf gegen die Klimakrise als ein «Aufbäumen der Jugend» abzutun. Die Gründe, weshalb Menschen auf die Strasse gehen und sich für die Bewältigung der Klimakrise engagieren, müssen so nicht mehr ernst genommen werden, und als Folge wird auf einmal der Aktivismus anstelle der Klimakrise problematisiert. Das lässt sich gut beobachten, wenn sich die Berichterstattung um die Legalität von Aktionen oder die Zusammensetzung der Teilnehmenden dreht – statt um ihre Forderungen und Sorgen.

Mehr Geschichten

Wenn wir innerhalb unserer planetaren Grenzen leben wollen, braucht es ein Ende des Wirtschaftswachstums. Sogar der eher zurückhaltende Weltklimarat (IPCC) schrieb im Bericht über das 1,5-Grad-Ziel, dass ein Systemwandel von nie zuvor gesehendem Ausmass für die Bewältigung der Klimakrise notwendig sei.⁷ Doch damit stossen wir auf eine grundlegende Herausforderung. Wie Mark Fisher in seinem Buch *Capitalist Realism* schreibt, fällt es den meisten Menschen «leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus» (Fisher 2009, 1). Das aktuelle wachstumsorientierte System scheint alternativlos zu sein. Die hegemoniale Sichtweise stellt es so dar, als sei es schlicht die natürliche Form des Zusammenlebens zwischen Menschen. In Gesprächen über die Auslöser der Klimakrise habe ich schon oft erlebt, wie mein Gegenüber die Ursache der Klimakrise in der menschlichen Natur sucht. Wir seien einfach gierig und könnten nicht anders, als die Welt zu zerstören. Die meisten Zukunftsvorstellungen, die wir in Büchern oder Filmen lesen und sehen, unterstützen diese Idee. Auf zehn Weltuntergangsszenarien kommt im besten Fall eine positive Vision. Für die Bewältigung der Klimakrise brauchen wir mehr und andere Geschichten.

Dabei geht es mir nicht darum, optimistische Narrative zu schaffen, die im Gegensatz zu pessimistischen Dystopien davon ausgehen, dass «schon

irgendwie alles gut kommt» und dabei zum Beispiel auf nichtexistente, technische Wunderlösungen setzen. Denn mit der komplexen Realität hat das nur wenig zu tun. Viel eher wünsche ich mir Geschichten, die den Status Quo aus vielfältigen Blickwinkeln beleuchten, analysieren und dabei mögliche Richtungen, in die wir uns bewegen könnten, skizzieren.

Bei Naomi Klein, einer kanadischen Aktivistin, heisst die Geschichte «Green New Deal». In ihrem Buch *Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann* steht der Begriff für eine Umstrukturierung zu einer ökologischen und gerechten Welt. Sie spricht davon, neue Arbeitsplätze zu schaffen und über die Notwendigkeit von mehr öffentlichem Raum. Die Geschichte, die Naomi Klein erzählt, bringt soziale Aspekte mit ökologischen Forderungen zusammen (Klein 2019). Der niederländische Historiker Rutger Bregman zeichnet in seinem Buch *Im Grunde gut* mithilfe philosophischer, naturwissenschaftlicher und historischer Forschung das Bild eines Menschen, der kooperativ, kommunikativ und gemeinschaftsorientiert handelt, und stellt der Vorstellung der menschlichen Natur als gierig und egoistisch eine Alternative entgegen (Bregman 2020). Der Klimastreik hat im Januar 2021 mit dem Klima-Aktionsplan einen Vorschlag veröffentlicht, wie der Weg in eine lebenswerte Zukunft aussehen könnte. In Zusammenarbeit mit vielen Expert*innen entstand der erste Plan, der «netto null» 2030 für die Schweiz vorsieht und damit als einziger den Forderungen der Klimawissenschaft entspricht.⁸ Der Klima-Aktionsplan ist noch lange nicht perfekt. Doch er kann eine Grundlage für zukünftige Diskussionen und Visionen bilden. Und er beweist, dass Veränderung möglich ist.⁹

Mehr Demokratie

Nach der Besetzung des Bundesplatzes in Bern im September 2020 wurde der Klimagerechtigkeitsbewegung oft vorgeworfen, nach einer totalitären Herrschaftsform zu streben – zum Beispiel in Philipp Losers Kolumne im *Magazin* (Loser 2020). Als wären Protest und Kritik gegenüber der institutionellen Politik automatisch antidemokratisch. Ein seltsamer Kurzschluss. So ist es ja auch möglich, die Haltung einer Partei, den Inhalt einer Initiative oder die Berichterstattung einer Zeitung zu kritisieren, ohne gleich mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, sich gegen das Parteiensystem, das Initiativrecht oder die Existenz von Zeitungen zu positionieren.

Ausserdem liegt hier ein Missverständnis vor. Gerade während der Aktionswoche im September 2020 lautete eine unserer Hauptforderungen: Mehr Demokratie. Mit mehr Demokratie lassen sich die alten Strukturen der

Realpolitik umgehen und es kann ein Gefühl der gemeinsamen Verantwortung entstehen. Für die Bewältigung der Klimakrise braucht es deshalb ein neues Demokratie-(Selbst-)Verständnis.

Jene Bevölkerungsgruppen, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind, müssen in die Prozesse eingebunden werden, in denen über ihre Zukunft entschieden wird. Eine der 138 Massnahmen des Klima-Aktionsplans fordert deshalb die Ausweitung der demokratischen Rechte auf alle Bürger*innen über vierzehn Jahre, ungeachtet ihrer Staatszugehörigkeit. Auch in der Wirtschaft braucht es eine Demokratisierung der Entscheidungen. Die Arbeitnehmer*innen sollten bestimmen können, wie ihre Arbeitskraft genutzt wird. Basisdemokratische Versammlungen könnten einen wichtigen Beitrag in einem grundlegenden Wandel leisten. In Frankreich erhielten zum Beispiel 150 zufällig ausgeloste Bürger*innen die Chance, Massnahmen gegen die Klimakrise auszuarbeiten. Das Ergebnis waren starke Forderungen, wie zum Beispiel Ökozid (massive Zerstörung von Biodiversität) als Verbrechen in die Verfassung aufzunehmen, was dazu führen würde, dass Unternehmen und Institutionen, welche durch ihr Handeln den Planeten an die Grenzen der Kapazitäten bringen, bestraft werden könnten (Joeres 2020). Ob aus der Idee eines Referendums zu diesem neuen Gesetzesartikel wirklich etwas wird und ob die Vorschläge dieser Bürger*innenversammlung tatsächlich umgesetzt werden, bleibt unklar, trotzdem zeigen sich hier wichtige, neue Möglichkeiten der direkten Demokratie.

Wir fordern jedoch nicht nur mehr Demokratie – als basisdemokratische Bewegung versuchen wir, sie auch zu leben. Transparenz, eine gute Kommunikationskultur, kollektive Intelligenz und ein Gefühl der gemeinsamen Verantwortung – das alles gehört zum demokratischen Selbstverständnis des Klimastreiks.

Mehr Protest

Oft werfen uns Politiker*innen vor, zu laut, zu extrem, zu wenig kompromissbereit, zu jung, zu naiv (oder alternativ zu professionell) zu sein.

Im Grunde ein gutes Zeichen – wir wollen und müssen anecken. Bitten, Fordern und jene Wege Gehen, welche die institutionelle Politik anbietet, reicht offensichtlich nicht aus, um echte Veränderung herbeizurufen. Wir brauchen deshalb nicht nur mehr Geschichten und mehr Demokratie, sondern auch mehr Protest.

Unter dem Begriff «ziviler Ungehorsam» werden alle Aktionsformen versammelt, die auf eine gewaltlose Weise gegen gesellschaftliche, wirt-

schaftliche und politische Normen verstossen, um diese zu kritisieren. Streik ist eine der ältesten Formen davon. Wenn viele Menschen sich gemeinsam weigern, den an sie gestellten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erwartungen nachzukommen, stehen die alltäglichen Abläufe für einen kurzen Augenblick still. «Wenn Frau* will, steht alles still», wie es der feministische Streik ausdrückt.

Bekannt für ihren zivilen Ungehorsam ist die Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten. Rosa Parks Busboykott ging nicht ohne Grund in die Geschichte ein: Mit gewaltlosem zivilem Ungehorsam ist es möglich, auf Unrecht aufmerksam zu machen und durch physischen Widerstand zu stören, was sich ändern soll.

Auch die Klimagerechtigkeitsbewegung nutzt zivilen Ungehorsam, um Massnahmen gegen die Klimakrise zu fordern, Emissionen zu verhindern und Natur zu schützen. Momentan besetzen Aktivist*innen den Hügel Mormont in der Nähe von Lausanne (Februar 2021, Besetzung hält an, Anm. d. Red.). Mit ihrer «Zone à défendre» (ZAD) – dem «Ort, den es zu verteidigen gilt» – wollen sie verhindern, dass der Konzern LafargeHolcim seinen Steinbruch für die klimaschädliche Herstellung von Beton auf dem Hügel ausweitet. Gleichzeitig geht es konkret darum, die seltenen Orchideenarten, die auf jenem Hügel wachsen, zu schützen.¹⁰ Und nicht zuletzt protestieren die Aktivist*innen gegen die unzähligen, weltweiten Menschenrechtsverletzungen durch LafargeHolcim, die etwa im Holcim-Report von Greenpeace dokumentiert sind.¹¹

Aktionen des zivilen Ungehorsams schaffen immer auch Raum für Diskussionen, Experimente und Ideen, die im Status Quo keinen Platz finden. Von kurzen Gesprächen an einer Demonstration bis zum Ausprobieren neuer Formen des Zusammenlebens in Besetzungen bietet ziviler Ungehorsam so die Möglichkeit, andere Lebensformen zu entwickeln und wertvolle, prägende Erfahrungen zu machen. Kein Wunder, dass bei der Räumung der Baumhausstrukturen im Dannenröder Wald im Dezember viele Aktivist*innen davon sprachen, dass sie mit jedem gefälltten Baum auch ein Stück ihres Zuhauses verlieren würden: An Orten des zivilen Ungehorsams kann eine eigene Welt ausserhalb der veralteten Strukturen entstehen, die zeigt, wie Zukunft auch sein könnte.

Mehr Bewegung

Es wäre falsch zu glauben, irgendwann würden plötzlich alle aufwachen und die Dringlichkeit der Klimakrise verstehen. Gründe zum «Aufwachen» gibt

es schon seit Jahrzehnten. Und deshalb braucht es Bewegung(en). Die ganze Gesellschaft muss sich bewegen, mitdenken und mitgestalten, um diese Krise zu bewältigen.

Mit dem Projekt «Strike For Future» versucht der Klimastreik in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie NGOs und Gewerkschaften, in der ganzen Schweiz Lokalgruppen zu gründen. Egal, ob im Quartier, Dorf, dem Arbeitsplatz oder der Schule – Lokalgruppen sollen Menschen zusammenbringen, um den Wandel von unten anzupacken. Durch Lokalgruppen kann die Klimabewegung wachsen, vielfältiger, stärker, unterschiedlicher und verwurzelter werden. Ausserdem findet am 21. Mai 2021 schweizweit ein Aktions- und Streiktag im Zuge des «Strike For Future» statt.

Die Klimakrise hat ihren Ursprung in den Strukturen, in denen wir zusammenleben. Diese Strukturen können wir nur gemeinsam ändern. Entgegen der verbreiteten Vorstellung, die Klimakrise lasse sich durch Eigenverantwortung lösen, zeigen Studien, dass der grösste Teil des eigenen ökologischen Fussabdruckes mit individuellen Handlungen nicht reduziert werden kann (Chandler 2008). Doch es gibt noch weitere Gründe, den Berechnungen eines ökologischen Fussabdruckes kritisch gegenüberzustehen. So entstand der ökologische Fussabdruck als Teil einer Imagekampagne des Unternehmens BP, einer der vier grössten Ölfirmen der Welt! Das Ziel: Die eigene Verantwortung vertuschen durch ein Abschieben auf das Individuum. Denn wie könnte ein Konzern verantwortlich sein – er hat ja keine Füsse!

Angesichts der vielen zusammenhängenden Krisen fällt es schwer, nicht zu verzweifeln. Manchmal hilft es, sich daran zu erinnern, dass nichts festgeschrieben steht. Diese Welt ist ungewiss, komplex und unsicher. Und das bedeutet auch: Was wir tun, verändert unsere Umwelt. Wer hätte vor zwei Jahren erwartet, dass sich eine riesige, basisdemokratische Klimabewegung wie ein Lauffeuer über den Planeten verbreiten würde?

Eine Bewegung lebt von den Menschen, die sich bewegen. Deshalb diese Bitte an alle Leser*innen: Werdet aktiv. Bewegt die Welt.

Anmerkungen

- 1 EU-Projekt: 2020 wärmstes Jahr in Europa seit Aufzeichnungsbeginn, www.nau.ch (Abfrage 8.1.2021)
- 2 www.theguardian.com/australia-news/2020/dec/28/climate-change-fuelling-costly-and-deadly-natural-disasters-report (Abfrage 8.1.2021)
- 3 www.theguardian.com/environment/2020/sep/09/climate-crisis-could-displace-12bn-people-by-2050-report-warns (Abfrage 8.1.2021)
- 4 www.unenvironment.org/explore-topics/climate-change/what-we-do/mitigation/emissions-gap-report (Abfrage 8.1.2021)
- 5 www.bafu.admin.ch/ (Stichworte: Totalrevision des CO₂-Gesetzes) (Abfrage 8.1.2021)
- 6 www.greenpeace.ch/de/erkunden/klima/nachhaltiger-finanplatz/ (Abfrage 8.1.2021)
- 7 www.ipcc.ch/sr15/ (Abfrage 8.1.2021)
- 8 Netto null Treibhausgasemissionen bedeutet, dass nur noch soviel Treibhausgase ausgestossen werden, wie auch wieder z. B. durch natürliche Prozesse aus der Atmosphäre entnommen werden.
- 9 www.climatestrike.ch/de/crisis#solutions (Abfrage 8.1.2021)
- 10 orchidees.noblogs.org (Abfrage 8.2.2021)
- 11 www.greenpeace.ch/de/publikation/60009/der-holcim-report/ (Abfrage 8.2.2021)

Literatur

- Bregman, Rutger, 2020: Im Grunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit. Hamburg
- Chandler, David, 2008: Leaving our mark. MIT class tracks carbon footprint of different lifestyles. news.mit.edu/2008/footprint-tt0416 (Abfrage 8.2.2021)
- Fisher, Mark, 2009: Capitalist Realism. Is There No Alternative? Winchester
- Joeres, Annika, 2020: Tempolimit, Flughafenverbot und Klimasteuer. In: *Zeit*, 22.6., www.zeit.de/politik/ausland/2020-06/klimapolitik-frankreich-buergerrat-klimaschutz-gelbwesten-direkte-demokratie (Abfrage 8.2.2021)
- Klein, Naomi, 2019: Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann. Hamburg
- Loser, Philipp, 2020: Diktatur des Kompromisses? Hoffentlich! In: *Tagesanzeiger*, 3.10., www.tagesanzeiger.ch/diktatur-des-kompromisses-887931670952 (Abfrage 8.2.2021)